

II-3270 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1647 U

1978 -02- 03

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. SCHMIDT, MEISL
an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend organisatorische Maßnahmen im Zollwache-Bereich der Steiermark

Dem erstunterzeichneten Abgeordneten ist ein von den Bürgermeistern des Steirischen Grenzlandes gefertigtes Schreiben zugegangen, in welchem gegen bestimmte organisatorische Maßnahmen im Bereich der Zollwache schwerwiegende Bedenken erhoben werden. Wegen der Bedeutung des gegenständlichen Anliegens wird diese Eingabe nachstehend im vollen Wortlaut wiedergegeben:

"Wir erlauben uns, Sie in Ihrer Eigenschaft als Sicherheitssprecher Ihrer Partei darauf aufmerksam zu machen, daß in der Steirischen Zollwache derzeit eine Umorganisation vollzogen wird, die mit einer eindeutigen Schwächung der Einsatzbereitschaft dieses Exekutivkörpers gleichzustellen ist.

Die Zollwache in der Steiermark vollzieht seit Jahrzehnten den Grenzüberwachungsdienst zur vollsten Zufriedenheit der Grenzbevölkerung. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Gendarmerie bei Erfüllung ihrer ureigensten Aufgaben ausgelastet ist und daher ohne Personalvermehrung die Grenzüberwachung sicher nicht übernehmen kann.

Bei der Zollwache ist es geplant, eine große Zahl von Dienststellen aufzulassen und vor allem die für die Organisation der Grenzüberwachung äußerst wichtigen Zollwachabteilungsinspektorate mit den permanent besetzten grenznahen Funkstellen aufzulösen. Die Zentralisierung des Funkbetriebes gewährleistet die derzeitige Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft nicht mehr.

In der heute so unsicheren Zeit erscheint uns diese Maßnahme (die Schwächung dieses Exekutivkörpers) unverständlich und im höchsten Maße unwirtschaftlich. Eine bereits im gleichen Gegenstande anlässlich einer Tagung der Bürgermeister des Steirischen Grenzlandes am 4. Jänner 1977 in Arnfels an den Finanzminister gerichtete Resolution blieb ohne Erfolg.

Wir bitten Sie daher, im Parlament bei der Budgetdebatte geeignete Schritte in unserem Sinne zu unternehmen."

Angesichts des oben geschilderten Sachverhaltes richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

1. Mit welcher Begründung wurde der Resolution der Bürgermeister des Steierischen Grenzlandes betreffend organisatorischer Maßnahmen im Zollwache-Bereich der Steiermark nicht Rechnung getragen?
2. In welchem Stadium der Realisierung befinden sich die gegenseitlichen organisatorischen Änderungen derzeit?
3. Sind Sie bereit zu veranlassen, daß die von den Bürgermeistern des betroffenen Grenzgebietes geltend gemachten Argumente einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden?